

24.05.2009

## **BBB fordert Umsetzung des Bürgerwillens in Roßdorf, Verbesserung des ÖPNV und Kontaktaufnahme mit Radeberger-Gruppe**

**Bruchköbel.-** Der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) geht mit drei Anträgen in die nächste Stadtverordnetensitzung. Es geht um die Umsetzung des Bürgerwillens in Roßdorf, die Verbesserung des vorliegenden Vertrages zum ÖPNV und die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes. Alle 3 Anträge orientieren sich am Leitbild der Stadt Bruchköbel und der Grundaussage des BBB „Der Mensch im Mittelpunkt“.

Wie entwickelt sich der öffentliche Personennahverkehr in Bruchköbel? Diese Frage stellt sich nach der letzten Ausschusssitzung mehr denn je. Der zur Abstimmung vorliegende Vertrag (inkl. Fahrpläne) sieht deutliche Verschlechterungen der Linie MKK 33 vor. Es wird zu einer Ausdünnung bzw. Halbierung der fahrenden Busse in den Kernzeiten kommen. Dies führt zu einer Einsparung von ca. 200.000 Euro. Die benötigten Kapazitäten sollen durch größere Busse bewältigt werden. Der BBB wird diese Veränderungen beobachten und nach einer „Probezeit“ eventuell notwendige Änderungen bzw. Verbesserungen beantragen. Erfreulich ist dagegen die Einführung der vom BBB geforderten Linie nach Wilhelmsbad. Allerdings sind hier Verbesserungen notwendig, die der BBB in einem Änderungsantrag in der nächsten Stadtverordnetensitzung einbringen wird.

„Spätestens der Erörterungstermin zur Biogasanlage in Roßdorf im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung hat u.a. gezeigt, dass der vorgesehene Standort bei der Bevölkerung keine Akzeptanz findet. Der BBB fordert daher weiterhin den Aufstellungsbeschluss bezüglich des Sondergebiets „Biogasanlage“ aufzuheben und anhand objektiver Kriterien einen geeigneten Standort zu finden“, so der Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold. „Man darf gespannt sein, ob der Wille der

Bürgerinnen und Bürger ignoriert wird oder insbesondere die CDU auf den Weg der Vernunft zurück findet“, ergänzt der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz.

Der dritte Antrag beinhaltet die Entwicklung des Fliegerhorstes. Der Radeberger-Brauereikonzern hat vor wenigen Tagen öffentlich erklärt, die Unternehmung werde Frankfurt verlassen und suche einen neuen Standort im Rhein-Main-Gebiet. Das bisherige Gewerbesteueraufkommen nur für die Stadt Frankfurt wird mit 2 Millionen Euro beziffert, die Zahl der Arbeitsplätze mit 500. Die vorliegende Machbarkeitsstudie für den Fliegerhorst hat positive Bewertungen für Betriebe mit Bedarf bis zu 20 Hektar Gewerbeland und darüber hinaus festgestellt, das ganz besonders eine gute Eignung des Fliegerhorstgeländes für Unternehmen mit Anforderungen an eine gute Logistik und Verkehrsanbindung besteht. Der Magistrat soll beauftragt werden, unverzüglich mit der Radeberger-Gruppe Kontakt aufzunehmen und zu klären, ob diese für eine Unternehmensansiedlung auf dem Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes gewonnen werden kann.